



Pet 4-19-11-8150-034204

44651 Herne

Leistungen bei Arbeitslosigkeit

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 11.02.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass alle Arbeitnehmer, die Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, Anspruch auf Leistungen wie Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld haben.

Zur Begründung der Petition wird im Wesentlichen vorgetragen, dass Versorgungsempfänger, die aufgrund besonderer Altersgrenzen vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden (z. B. Berufssoldaten) und einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, vor Erreichen der Regelaltersgrenze Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlen würden. Jedoch erhielten sie in Fällen von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit keine Entgeltersatzleistungen (Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld). Dies sei sozial ungerecht.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde von 27 Mitzeichnern unterstützt. Außerdem gingen 13 Diskussionsbeiträge ein.



Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Zunächst ist anzumerken, dass Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind, nach dem Recht der Arbeitsförderung in einem Versicherungspflichtverhältnis stehen (§§ 24, 25 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – SGB III). Versicherungsfreiheit tritt – bezogen auf den mit der Petition geschilderten Sachverhalt – erst dann ein, wenn ein Beschäftigter das Lebensjahr für den Anspruch auf Regelaltersrente nach dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung vollendet (§ 28 Absatz 1 Nummer 1 SGB III). Versicherungspflichtig sind danach im Grundsatz auch Beschäftigte, die eine (vorgezogene) Rente wegen Alters oder ähnliche Leistungen öffentlich-rechtlicher Art bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze beziehen.

Die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung besteht im Grundsatz unabhängig davon, ob im Falle der Arbeitslosigkeit ein Anspruch auf Arbeitslosengeld begründet ist. Diese Regelung berücksichtigt, dass der Beitrag zur Arbeitsförderung nicht allein der Finanzierung von Entgeltersatzleistungen, sondern aller Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit dient. Hierzu gehören insbesondere auch die Vermittlungs- und Beratungsleistungen sowie die weiteren präventiven arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Leistungen der Arbeitsförderung.

Der Petitionsausschuss stellt fest, dass die Beitragszahlungen während Zeiten einer versicherungspflichtigen Beschäftigung (auch während des Bezugs einer vorgezogenen Altersrente bzw. ähnlichen Leistung öffentlich-rechtlicher Art bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze) zur Begründung eines Anspruchs auf Arbeitslosengeld dienen und im Grundsatz auch zum Bezug von Kurzarbeitergeld berechtigten. Das Arbeitsförderungsrecht sieht jedoch vor, dass ein solcher Anspruch während der Zeit „ruht“, für die u. a. ein Anspruch auf Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder Knappschaftsausgleichsleistung oder ähnliche Leistungen öffentlich-rechtlicher Art



zuerkannt ist (§ 156 Absatz 1 Nummer 4 SGB III). Der Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung ähnliche Leistungen öffentlich-rechtlicher Art sind u. a. auch das an Berufssoldaten wegen Vollendung der jeweils maßgebenden Altersgrenze auf der Grundlage des Soldatenversorgungsgesetzes und des Soldatengesetzes gewährte Ruhegehalt. Ebenso umfasst ist das Ruhegehalt für Beamte, für die niedrigere Altersgrenzen bestimmt sind, z. B. ab dem 60. Lebensjahr für Polizeivollzugsbeamte (§ 5 BPoIBG). Ziel dieser Ruhensregelung ist es, den Doppelbezug von Leistungen aus öffentlichen Kassen, die dem gleichen Zweck dienen (Bestreitung des Lebensunterhalts) zu vermeiden. Auch das Bundessozialgericht hat bestätigt, dass die Anordnung eines vollständigen Ruhens des Arbeitslosengeldes im Hinblick auf das erwähnte Ziel, Doppelleistungen zu vermeiden, eine zulässige Inhalts- und Schrankenbestimmung i. S. d. Artikel 14 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz ist.

Die Soldatenversorgung sowie auch andere öffentlich-rechtliche Versorgungsleistungen erfüllen in einer der vorzeitigen Altersrente vergleichbaren Weise den Zweck, den Versorgungsempfänger oder die Versorgungsempfängerin bis zum Erreichen der üblicherweise für den Erhalt einer Altersversorgung vorausgesetzten Altersgrenze zu alimentieren.

Der Petitionsausschuss weist darauf hin, dass ein Anspruch auf Arbeitslosengeld nach der Sonderregelung des § 156 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe b) SGB III aber nur bis zur Höhe der zuerkannten (Versorgungs-)Leistung ruht, wenn die Leistung auch während einer Beschäftigung und ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitsentgelts gewährt wird. Diese Regelung soll gewährleisten, dass Versorgungsempfängerinnen oder Versorgungsempfänger, die noch nicht aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, insgesamt mindestens eine Leistung in Höhe des Arbeitslosengeldes erhalten. Im Beispielfall der Soldatenversorgung werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen gemäß § 53 Absatz 2 des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) jedoch grundsätzlich bei der Höhe der Versorgungsleistung berücksichtigt.



Abschließend ist anzumerken, dass die Ruhensregelung des § 156 SGB III entsprechend auch für das Kurzarbeitergeld gilt (§ 107 Absatz 2 SGB III). Dies beruht auf dem Grundgedanken, dass das Kurzarbeitergeld – wie das Arbeitslosengeld – Entgeltersatzcharakter hat und bei teilweisem Entgeltausfall gezahlt wird.

Der Petitionsausschuss hält die dargelegte geltende Rechtslage mit Blick auf das genannte Ziel, Doppelleistungen zu vermeiden, für sachgerecht und geboten. Er vermag sich deshalb nicht für eine Gesetzesänderung im Sinne der Petition auszusprechen und empfiehlt, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen der Petition nicht entsprochen werden konnte.